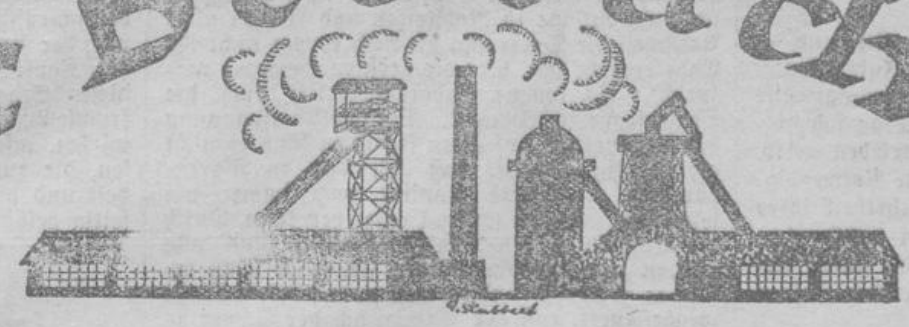
Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

4. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet **vierteljährlich M. 4.50** ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten sowie in der Geschäftsstelle **Müllerweg 1** und der Druckerei **Obergraben 5/1**	**Samstag 29. April 1922**	**Anzeigen** finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. Die einspaltige mm-Zeile kostet **60 Pfg.**, bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.	**Nr 17.**

Inhalt der Nummer:

Weltpolitik und Kontinentalpolitik! Von Dr. Alfred Gildemeister, M. d. R.
Wirtschaftliche Wochenübersicht.
Woodrow Wilson. Von Dr. Fritz Konrad Krüger. Professor of Political Science, University of Omaha, Omaha (Nebraska).
Ein unparteiischer Zeuge.
Die Gefährdung unserer Schutzpolizei. Von Dr. Marezky, M. d. R.
Der Protest der Saarländer.
Lenins Rückzug.
Die Generation unserer Väter. Von Otmar Best.
Bismarck über die Frauen.
Hiob 6, 13.
Den Finger drauf.
Aus der Partei.

Weltpolitik und Kontinentalpolitik!

Von Dr. **Alfred Gildemeister**, M. d. R.

Der deutsch-französische Gegensatz, der in Genua in die Erscheinung getreten ist und durch die Maßnahme Poincarés wieder eine drohende Zuspitzung erfahren hat, wird in dem nachfolgenden Artikel im größeren weltpolitischen Zusammenhang behandelt, ebenso die Aufgabe, die Deutschland jetzt hat, mit der in Genua eingenommenen Politik standzuhalten.

Der Ausbruch des Krieges von 1914 erfolgte unter den dauernden Versicherungen des englischen Außenministers Sir Edward Grey, sich die Hände freihalten zu müssen. Anläßlich der jetzigen Friedenskonferenz von Genua ist von englischer Seite erklärt worden, daß infolge der Zusicherungen an Frankreich, weder den Friedensvertrag noch das Reparationsproblem zur Erörterung zu stellen, England mit gebundenen Händen zur Konferenz gehe. Es ist ein merkwürdiges Gegenüber, dieses Bild von den freien Händen Englands beim Kriegsausbruch und den gebundenen Händen Englands beim Friedensversuch von Genua. Heute ist offenkundig, daß Englands Hände im August 1914 durchaus nicht frei waren, und die englische Hand damals jedenfalls nicht den Stab zwischen die Kämpfer geworfen und dadurch den Ausbruch des Kampfes verhindert hat. Wenn die Sprache der Diplomaten wirklich die Kunst ist, die Gedanken zu verbergen, so könnte man daraus den Schluß ziehen, daß England heute die Unterhaltung mit Poincaré in Boulogne mit der höflichen Wendung respektiert, seine Hände seien gebunden; innerlich aber damit andeuten will, daß es sich die völlige Handlungsfreiheit vorbehält.

Es kann gar nicht geleugnet werden, daß der Auftakt der Konferenz in Genua kein ungünstiger gewesen ist. Die deutsche Regierung hat ihren Erfüllungskurs geändert. Da es in der Politik lediglich auf Wirkung ankommt, so wollen wir darüber nicht rechten, daß es ein eigen Ding ist, wenn der deutsche Reichskanzler nicht nur die Annahme des Londoner Ultimatums vertrat, sondern auch „preisend mit viel schönen Reden" den Erfüllungswillen und die Erfüllungsmöglichkeit feierte, um dann vor Jahresschluß schon eine Bescheinigung der Bank von England vorzuweisen, daß einem mit dem Londoner Ultimatum belasteten Staate ein Kredit nicht eingeräumt werden könne. Auch darüber wollen wir heute mit dem Reichskanzler nicht rechten, daß es im Sinne des parlamentarischen Systems folgerichtig gewesen wäre, wenn er und sein Kabinett schon damals abgetreten wären, um einem Kabinett Platz zu machen, das ebenso das Recht der Ultimatumsforderung wie ihre Erfüllbarkeit bestritten hätte. Wir haben nur einen — allerdings dringenden — politischen Wunsch, daß der Reichskanzler Wirth nicht wieder in den unbegrenzten Erfüllungswillen zurückfällt, wenn von französischer Seite der entsprechende Druck einsetzt. Wir möchten vielmehr, daß der Reichskanzler den Ruhm gewinnt, diesem Druck moralischen Widerstand entgegengesetzt zu haben und daß er zu diesem Entschluß durch eine Auffassung der Lage bestimmt wird, wie sie wohl mehr und mehr von denjenigen geteilt wird, welche unmittelbare Fühlung mit Persönlichkeiten der nichtkontinentalen Welt gewonnen haben.

Das Wort „Kontinentalpolitik" ist ein Schlagwort geworden. Wenn man es als Kritik einer politischen Richtung verwendet, so kann darunter doch nur eine solche verstanden werden, welche die auf dem Kontinent sich auswirkenden Kräfte als die maßgebenden ansieht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß auf dem Kontinent Frankreich die stärkste politische und militärische Macht ist, und wer deshalb diese Vorherrschaft auf dem Kontinent für die gesamtpolitische Entwicklung als entscheidend ansieht, ist ein Kontinentalpolitiker.

Es ist aber verfehlt, unter Kontinentalpolitik etwa nur eine Politik der Hingabe an den französischen Herrschaftswillen verstehen zu wollen, dessen Ursache die Angst ist Die Einstellung der Politik in Deutschland sowohl von rechts als von links ist zweifellos eine vorwiegend kontinentalpolitische. Gerade von rechts wird betont, daß die militärische Macht, die Beherrschung der strategischen Punkte und Linien, die Besetzung von benachbarten Grenzländern, eben das die große Politik Entscheidende sei. Daher die aus der Kontinentalpolitik von rechts wie von links fließende Besorgnis, daß der französische Militarismus uns ein unabwendbares Schicksal bereiten könne.

Gewiß soll diese Sorge nicht unterschätzt werden; es soll auch nicht behauptet werden, daß die Kontinentalpolitik überhaupt bedeutungslos sei. Aber es gibt auch eine andere politische Grundeinstellung, die, richtig verstanden und richtig befolgt, zu einem anderen Ergebnis führt. Für diese andere politische Einstellung erfanden wir das Wort „Weltpolitik", daß wir ebenso nur in einem aktivistischen Sinne, als später die Kontinentalpolitik im defatistischen Sinne verstanden.

Weltpolitik hat kein aktivistisches oder defaitistisches Vorzeichen; sie bedeutet nur die Einstellung der Einwirkung aller Mächte der Welt auf die Gesamtpolitik. Diese weltpolitischen Einflüsse sind im Wachsen, weil die Einwirkung aller Mächte und Länder der Welt auf [illegible]er eine immer bedeutungsvollere wird.

Nun bedeutet die jetzige politische Position Frankreichs nicht nur eine Störung des europäischen Gleichgewichts, sondern auch eine Störung der Machtverhältnisse in der Welt. Hervorgehoben sei nur die Gefahr [illegible]r Militarisierung Afrikas, des Aufputschens des Mohammedismus. Das alles aber geschieht von einem Lande, das sich keineswegs im Vollbewußtsein seiner Kraft befindet, sondern das, in Waffen starrend und unter immer größeren militärischen Zurüstungen, die es aber zu allem Überfluß auch noch bei anderen europäischen Ländern betreibt, trotzdem um das Mitleid der Welt wirbt; das zu einer verzweiflungsvollen Schuldenlast immer mehr Ausgaben häuft, ohne die produktiven Kräfte seines Landes zu entwickeln, so daß von Amerika an Frankreichs Adresse der Ruf erschallen konnte: di or di sarru! — Stirb oder rüste ab!

Der französische Militarismus lastet auf der Welt überhaupt. Die weltwirtschaftliche Krisis ist nur ein Anzeichen der durch Frankreich hervorgerufenen weltpolitischen Krise. Treibt Frankreich seine jetzige Politik weiter, so kann es die Orientierung der ganzen Welt gegen sich zuwege bringen.

Nun ist das Wichtige in der Politik, und — wenn man so sagen darf — auch das Interessante, daß keine politische Entwickelung zwangsweise abläuft. Es ist nicht gesagt, daß die an sich notwendige Politik auch wirklich betrieben wird. Fehlen die Staatsmänner, welche die Notwendigkeiten erkennen, so wird die Verkehrtheit ihrer Politik sich lediglich später in ihren zerstörenden Wirkungen offenbaren, ebenso wie die falsche Behandlung eines Arztes erst später an den Folgen für den Patienten klar wird.

1914 ist eine solche absolut verkehrte, sinnwidrige, zerstörende Politik eingeschlagen worden, als man die große Garantie des europäischen Friedens, das Deutsche Reich, zu zerstören unternahm. Anscheinend wirkt diese Völker, Reiche, Kultur und Wirtschaft zerstörende Politik, deren Opfer in erster Linie die drei Kaiserreiche des Festlandes geworden sind, noch fort. Sie soll in den Staatsmännern der sogenannten Kleinen Entente auch noch gelehrige Schüler gefunden haben. Aber die Erfahrungen der Welt, die Wirkung der Zerstückelung Europas und der Knechtung der beiden größten europäischen Völker sind so eindrucksvoll, daß die Meinung der Welt sich umbilden muß. Die Rede, die Briand in Washington gehalten hat, erfüllt vom Geist der französischen Politik, hat einen geradezu erschütternden Eindruck in der neuen Welt hinterlassen, so etwa, als wenn heute ein Priester aufträte und zur Verbrennung der Ketzer aufforderte. Nicht nur das wirtschaftliche, sondern — was vielleicht noch wichtiger ist — das intellektuelle Amerika ist heute des französischen Chauvinismus, der sich nach dem Kriege so herrlich offenbarte, überdrüssig bis zum Ekel. Es ist ein Menetekel für Frankreich, daß sämtliche Staaten des amerikanischen Kontinents, sowohl Südamerika als der Vereinigten Staaten, der Konferenz ferngeblieben sind.

Es kann Deutschland allerdings auch bei dieser Lage der Entschluß nicht abgenommen werden, der Entschluß nämlich, gegenüber den Versuchen, Deutschlands Wirtschaftskraft zur Speisung des französischen Militarismus auszupumpen, nicht nur ein motiviertes Nein auszusprechen, sondern diese Politik auch aktiv dadurch zu bekämpfen, daß man sie beim rechten Namen nennt. Die Franzosen können selbstverständlich, wie im Mai des vorigen Jahres, ins Ruhrgebiet einbrechen; aber sie würden damit eine Handlung vollziehen, die als ein Attentat gegen die Ruhe der Welt angesehen würde. Diese Handlung würde nur die Krise hervorrufen, welcher die Heilung folgt.

Wirtschaftliche Wochenübersicht.

Von unserm volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.

Wie gewaltig die Welle der Geldinflation in Deutschland noch immer im Ansteigen begriffen ist, beweist auch die Zunahme des in unseren industriellen Aktiengesellschaften investierten Kapitals. Die Neuinvestierungen betrugen in den ersten drei Monaten des Jahres 1922 nicht weniger als 12,15 Milliarden Mark, während sie selbst im Vorjahre nur 4,8 Milliarden Mark betragen hatten. Hiervon entfielen etwa zwei Drittel auf Kapitalerhöhungen, ein Drittel auf Neugründungen von Aktiengesellschaften. Die starke Zunahme der Neugründungen industrieller Unternehmungen ist besonders deshalb erfreulich, weil diese immerhin in gewissem Umfange ein Gegengewicht bilden gegen die gewaltigen industriellen Zusammenballungen, die sich infolge und zur leichteren Abwehr der Geldinflation in den letzten Jahren vollzogen haben. Die Kapitalerhöhungen würden übrigens in Anbetracht der so ungeheuer gestiegenen Preise der Rohstoffe, Maschinen und aller sonstigen Anlagen noch viel beträchtlicher sein, wenn nicht die empfindliche Kapitalnot, die überall in unserem Wirtschaftsleben sich geltend macht, die Entwickelung aufhalten würde. Was an Kapital heute in Deutschland noch verfügbar ist, sucht Anlage in Rohstoffen und Waren aller Art, weil die Teuerung, die noch immer nicht ihr Ende erreicht hat, hier die größten Gewinne verspricht. Es kommt dabei natürlich auch die Steuerfrage in Betracht. Bei der Überspannung der Besteuerung auf allen Gebieten kann es nicht gleichgültig bleiben, daß sich das in Warenvorräten investierte Kapital noch immer am leichtesten dem Steuerdruck entziehen kann. Durch die Aufhebung des Bankgeheimnisses sind alle andern Spekulationsgewinne steuerlich leicht erfaßbar geworden und werden in so starkem Maße weggesteuert, daß der Anreiz, sich der Steuer zu entziehen, viel zu groß ist, als daß nicht allzu viele der Versuchung unterliegen mußten.

Die deutschen Effektenbörsen leiden schwer unter diesem Abströmen des mobilen Kapitals. Die Zahl und Kapitalkraft der Wertpapierkäufer ist wesentlich geringer geworden, und da das Angebot infolge der notwendig werdenden Kapitalerhöhungen immer weiter steigt, müssen die Kurse allmählich eine Ermäßigung erfahren. Ob dabei auch schon die Aussicht auf eine Auslandsanleihe eine Rolle spielt, läßt sich noch nicht mit Bestimmtheit sagen. Immerhin hat die Berufung einer Kommission zur Beratung der Möglichkeiten der Gewährung eines Anleihekredits für Reparationszwecke an Deutschland unter Teilnahme Pierpont Morgans auch in deutschen Wirtschaftskreisen naturgemäß nicht unbeachtet bleiben können. Die heutigen Industrie-Aktienkurse sind auf der Grundlage eines Dollarkurses von 200 bis 300 Mark entstanden. Kommt es als Folge der Auslandsanleihe zu einer erheblichen Markbesserung, so kann die Grundlage der jetzigen hohen Industrie-Aktienkurse leicht erschüttert werden. Aber auch die Wirkung auf die deutsche Produktion läßt sich noch gar nicht übersehen. Man beginnt sich darüber klar zu werden, daß auch die in Genua auf der Tagesordnung stehende Stabilisierung der Wechselkurse für Deutschland ihre zwei Seiten hat. Auch die deutsche Ausfuhr ist heute zum großen Teil auf der Voraussetzung der deutschen Valuta-Unterlegenheit aufgebaut. Ob nach dem Wegfall der Valutagewinne ein deutscher Export bei der ungeheuren inländischen Teuerung der Lebenshaltung und unter dem Achtstundentag, dessen produktionsverteuernde Wirkung gar nicht mehr zu verkennen ist, überhaupt noch möglich sein wird, weiß heute niemand. In diesem Lichte betrachtet, gewinnen auch die Bemühungen des Engländers Keynes um die Stabilisierung der Wechselkurse, die bisher in Deutschland uneingeschränkt sympathisch aufgenommen worden sind, ihre besondere Bedeutung für die deutsche Wirtschaft. Es wird immer klarer, daß auch Keynes in erster Linie englische Interessen im Auge hat, und die englische Industrie erhofft in erster Linie aus einer Befestigung des Markkurses die Verdrängung der deutschen Konkurrenz vom Weltmarkt. Für Deutschland würde jedenfalls auch eine plötzliche Rückkehr zu festen Valutaverhältnissen erhebliche Gefahren in sich bergen.

Vorläufig sieht es freilich nicht so aus, als ob in Genua das Problem der Wechselkurse schon so schnell gelöst werden würde. Es ist interessant, daß neuerdings auch von italienischer Seite Bedenken gegen eine sofortige Beseitigung der Valutavorteile, die heute auch den italienischen Export, wenn auch nicht in dem gleichen Maße wie dem deutschen, zugute komme, geltend gemacht werden. Jedenfalls aber steht die Frage der Wechselkurse im engsten Zusammenhang mit der Schuldenbelastung der einzelnen Staaten. Da diese Schulden nur durch gesteigerte Ausfuhr bezahlt und verzinst werden können, wäre für Deutschland die Aufhebung aller Reparationsschulden die unumgängliche Voraussetzung jeder künstlichen Befestigung der deutschen Valuta. Es wäre ein gewaltiger Irrtum, wenn man in England etwa glauben sollte, daß Deutschland nicht exportieren und doch „reparieren“ könne.

Die deutschen Wirtschaftskreise stehen dem deutsch-russischen Abkommen mit großen Erwartungen gegenüber. Dabei verkennt man allerdings nicht, daß Deutschland, wenn es die russische Wirtschaft in großzügiger Weise wieder aufbauen soll, der Mitwirkung amerikanischen Kapitals nicht entraten kann. Gelingt es, das deutsch-russische Abkommen mit dieser Ergänzung nach der finanziellen Seite aus dem Konflikt aus der Konferenz von Genua zu retten, so würde dieses Ergebnis zweifellos außerordentlich befruchtend auf das deutsche Wirtschaftsleben einwirken, insonderheit auch auf die deutschen Börsen, die zurzeit durch die innere Kapitalknappheit und die außenpolitische Unsicherheit doppelseitig gelähmt sind.

Woodrow Wilson.

Von Dr. **Fritz Konrad Krüger.**
Professor of Political Science, University of Omaha, Omaha (Nebraska).

Zu den politischen Büchern in den Vereinigten Staaten, welche interessante Enthüllungen über die Haltung Wilsons zum Weltkriege bringen und deren Studium zur Gesundung der Volksmeinung in Deutschland beitragen könnte, gehört unzweifelhaft Joseph P. Tumultys Buch „Woodrow Wilson as I know him“ (Woodrow Wilson, wie ich ihn kenne). Der Verfasser war bekanntlich Wilsons Privatsekretär und treu ergebener, persönlicher Berater während dessen achtjähriger Präsidentenschaft. Tumultys Buch will eine Apologetik für den bewunderten Meister sein, und sicherlich lag dem Verfasser nichts ferner, als Mitteilungen zu machen, die Wilsons Gegnern zu Angriffen gegen ihn dienen konnten. Indessen treten bei Wilson solche Charaktereigenschaften so stark hervor, daß selbst seine besten Freunde an ihnen nicht vorbeigehen können.

Aus dem Buche erhellt in überraschender Weise eine Tatsache, auf die erfahrene Beobachter und Kenner des Ex-Präsidenten lange vor Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg oftmals als von größter Wichtigkeit hingewiesen haben: Die englische Gesinnung Wilsons, die es nie zugelassen hätte, daß Deutschland als Sieger im Kampfe gegen England hervorgegangen wäre, und welche der eigentliche Grund war, daß Wilson beständig und in vorsichtiger aber zielbewußter Weise auf den Eintritt der Vereinigten Staaten auf seiten der Alliierten hingearbeitet hat.

Kann dieser Beweis aus Tumultys Buch erbracht werden, so ist dies unzweifelhaft gleichzeitig eine schwere Anklage gegen die Unfähigkeit des Grafen Bernstorff, der sich von dem damaligen Präsidenten düpieren ließ und nach seinen Aussagen vor dem Reichstagsausschuß zur Prüfung der Schuldfrage die Stellung einnahm, daß Wilson kein prinzipieller Gegner Deutschlands war und gegen seinen besten Willen durch die rücksichtslose Handhabung des Tauchbootkrieges von seiten der deutschen Regierung in den Krieg gezwungen worden ist.

Im Jahre 1912 sandte mir die London Times eine Abonnementsaufforderung zu, in welcher als Hauptempfehlung die folgenden Worte Wilsons standen: „Ich beziehe meine Kenntnisse der europäischen Politik fast ausschließlich aus der Wochenausgabe der London Times.“ Meine Kenntnis der zielbewußten, stark anti-deutschen Stellung der London Times ließen mich eine solche Äußerung des Leiters der amerikanischen Politik als ungemein bedenklich erscheinen, zumal da mir bekannt war, daß Wilsons Wissen über deutsche und kontinentale europäische Verhältnisse sehr minimal war. Die folgenden Jahre haben mir bei geringeren Anlässen Gelegenheit gegeben, die stark angelsächsische Ideenrichtung Wilsons bestätigt zu finden. Wie tief diese Liebe Wilsons zum „Mutterlande“ England war, ergibt sich nun aus zwei Episoden, die Tumulty in seinen „Erinnerungen“ erzählt.

Die erste derselben trug sich kurz vor dem Einzug Wilsons ins White House im Jahre 1913 zu, also zu einer Zeit, wo man in Deutschland die entsetzliche Gefahr für die Zukunft des Landes nicht völlig erkannt hatte, während die Kabinette und Generalstäbe Englands, Frankreichs und

Rußlands bewußt zum Angriffskriege rüsteten. Damals erhielt Wilson den Besuch des englischen Parlamentsmitgliedes Sylvester Horne, eines Geistlichen der englischen Staatskirche und langjährigen persönlichen Freundes des neuen Leiters der Geschicke der Vereinigten Staaten. Horne brachte das Gespräch auf die Beziehungen Englands zu den Vereinigten Staaten, und in dieser Unterhaltung, so berichtet Tumulty, äußerte sich Wilson auf eine Anfrage Hornes bezüglich der künftigen Beziehungen zwischen England und Amerika wie folgt: „Bruder Horne, das größte Unheil, das die Welt je betroffen hat, wird während meiner Amtszeit kommen, und zwar von Deutschland. Gehe nur nach Hause und erledige die irische Frage, und dann wird kein Zweifel bestehen, auf wessen Seite Amerika stehen wird."

Somit war also Wilson schon ein Jahr vor Ausbruch des Krieges fest entschlossen, seinen Einfluß in dem erwarteten Kriege zugunsten Englands einzusetzen, und es war nicht etwa der uneingeschränkte Tauchbootkrieg oder die Versenkung der Lusitania, die den großen Humanitätsapostel „blutenden Herzens" auf die Seite der Gegner Deutschlands zwangen.

Noch viel deutlicher zeigt sich die wahre Gesinnung Wilsons in einer anderen von Tumulty erzählten Episode. Diese trug sich vor der Wiedererwählung Wilsons im Jahre 1916 zu, als Wilson die öffentliche Meinung noch nicht für genügend bearbeitet hielt, um seiner Haltung wohlwollender Neutralität den Alliierten gegenüber ein offenes Bündnis folgen zu lassen, und als er seinen Herzenswunsch noch politischen Erwägungen unterordnen mußte. Von vielen Seiten wurde Wilson auf die Gegensätzlichkeit in der Behandlung Englands und Deutschlands hingewiesen und gedrängt, gegen die fortgesetzten Verletzungen amerikanischer Interessen von seiten Englands schärfer vorzugehen. In einer Auseinandersetzung mit Tumulty, der diese Beschwerden nebenbei gesagt für berechtigt hielt, äußerte sich Wilson in folgenden Worten: „England kämpft unseren Kampf, und Sie müssen sich darüber klar sein, daß ich in der gegenwärtigen Weltlage ihm keine Hindernisse in den Weg legen werde. Krieg gegen England würde in Deutschlands Triumph enden. Was auch immer mit mir in der nächsten Wahl erfolgen mag, ich werde niemals etwas unternehmen, was England in Verlegenheit setzen könnte, wenn es für sein Leben und für das der Welt kämpft. Das sei denen gesagt, die radikale Maßnahmen gegen England verlangen."

So also sah der Mann aus, welcher der Masse der amerikanischen Bürger weismachte, daß er in seiner Gesinnung stets neutral war, bis der Militarismus Deutschlands es ihm unmöglich machte, die Haltung weiterhin beizubehalten.

(Schluß folgt.)

Ein unparteiischer Zeuge.

Gegen die nicht sterben wollende Lüge von deutschen Kriegsgreueln ist uns soeben ein Zeuge erstanden, der selbst den Urhebern jener Schauermären als unverdächtig wird erscheinen müssen. Bekanntlich gibt die, hauptsächlich aus Deutsch-Amerikanern, aber auch aus Anglo-Amerikanern bestehende Steuben-Gesellschaft in Amerika ein Wochenblatt heraus, das sich Issues of To-Day (Tagesfragen) nennt. In Nr. 24 vom 25. März ds. Js. finden wir einen interessanten Beitrag. Ein deutscher Pfarrer schreibt der Redaktion, daß sein Nachbar, Pfarrer G. Vermeulen in Cedar Rapids in Nebraska, seine belgische Heimat im Jahre 1921 besucht habe. Nach dessen Rückkehr fragte er ihn, ob er in Belgien etwas über die deutschen Kriegsgreuel erfahren habe, von denen in Amerika und anderwärts soviel Aufhebens gemacht worden sei. Pfarrer Vermeulen erwiderte, daß zu seiner großen Überraschung die belgische Bevölkerung nichts davon wisse. Er sei durch das ganze Land gereist und habe allerdings viele Kinder mit verkrüppelten Beinen und Armen, Einäugige, Blinde usw. angetroffen; aber in jedem einzelnen Fall, in dem er die Betreffenden gestellt und befragt habe, ob deutsche Soldaten das verschuldet hätten, sei die Antwort unabänderlich nur die gewesen: „Nein, wir sind verletzt worden durch Sprengbomben, die von Flugzeugen der Alliierten abgeworfen worden sind." Nach seinen Ermittelungen, fuhr Pfarrer Vermeulen fort, hat Belgien von den Alliierten sehr viel mehr Schaden erlitten, als von den Deutschen, namentlich zu der Zeit, als jene die zurückgehenden Deutschen verfolgten; obwohl sie als Freunde auftraten oder gerade deshalb, nahmen sich die Truppen der Alliierten in Belgien alle möglichen Freiheiten heraus. Im gewöhnlichen Volk sei die Stimmung gegen die Alliierten viel mehr erbittert als gegen die Deutschen; wo immer diese längere Zeit blieben, kamen sie bald mit der Bevölkerung in ein vertrautes und freundschaftliches Verhältnis — von Grausamkeiten oder Verfolgungen war keine Rede. Dieses Zeugnis eines amerikanischen Pfarrers, der selbst geborener Belgier ist, sollte überall in der Welt, besonders in Belgien und Frankreich selbst, weiteste Verbreitung finden. Freilich werden sich die belgischen und französischen Hetzblätter schwer hüten, den Worten dieses Mannes in ihren Spalten Raum zu geben, denn dann wäre es mit der Legende von den deutschen Scheußlichkeiten ebenso vorüber, wie allmählich auch in einsichtsvollen Kreisen die Erkenntnis vordringt, daß von allen Mächten Deutschland die geringste Schuld am Kriegsausbruch hatte. Sind erst einmal die beiden großen Kriegslügen unserer Feinde von unserer alleinigen Schuld am Kriege und von deutschen Grausamkeiten aus der Welt geschafft, dann sind dem Schandfrieden von Versailles die Stützen unter dem Boden fortgeschlagen, und der von Anfang an morsche Bau muß zusammenbrechen.

Die Gefährdung unserer Schutzpolizei.

Von Dr. **Marcktky**, M. d. R.

Nach dem Friedensvertrage von Versailles ist Deutschland in der Haltung seiner Polizei nur nach zwei Richtungen beschränkt worden: Die Zahl der Polizeibeamten darf 150 000 Mann nicht überschreiten, und die Polizei darf an militärischen Übungen nicht teilnehmen. Außerdem ist in der von der deutschen Regierung anerkannten Note von Boulogne lediglich noch vorgeschrieben, daß die deutsche Polizei keine zentrale Leitung haben dürfe.

Wenn in den letzten Noten der Entente über die Schutzpolizei verlangt wird, daß zur Organisation der Polizei vom Jahre 1913 zurückgekehrt werden solle, so ist der Inhalt dieser Forderung so zweideutig, daß befürchtet werden muß, die Annahme dieses Grundsatzes werde von Frankreich dahin ausgelegt, daß die Bildung fester Verbände und ihre Unterbringung in Kasernen damit ausgeschlossen sei. Die Reichsregierung hat in ihrer Antwortnote zwar die Forderung nach Rückkehr zu der polizeilichen Organisation von 1913 angenommen, aber nur unter Zugrundelegung der Auffassung, daß die zurzeit bestehende Organisation unserer Schutzpolizei der des Jahres 1913 bereits entspreche. Bei der zielbewußten Planmäßigkeit jedoch, mit der Frankreich die Zerschlagung aller staatlichen Machtmittel unseres Reiches betreibt, wird man besorgen müssen, daß auch die unter Vorbehalt erfolgte Annahme jener Forderung von Frankreich als eine Schlinge benutzt werden wird, in der es unserer Polizei das Ende bereitet. Leider bietet die Haltung der radikalen Linksparteien und der von ihnen gestellten Minister, insbesondere des sächsischen Ministers des Innern Lipinski, den Franzosen immer wieder Material, um Behauptungen über eine geheime Bewaffnung Deutschlands aufzustellen und auf dieser Grundlage nur noch schärfer gegen die wenigen Reste staatlicher Machtmittel, die wir noch haben, vorzugehen. Wenn Herr Lipinski vor den sächsischen Wahlen sich nicht scheute, zum Zwecke der Agitation gegen rechts von großen Waffenfunden bei deutschen Geheimorganisationen zu sprechen, die sich nachher als nicht vorhanden herausstellten, so heißt das, das Mißtrauen der Franzosen auf das gefährlichste gegen das eigene Vaterland anstacheln.

Das Ziel der Militär-Kontrollkommission der Entente geht offenbar dahin, die kasernierte und in Verbänden zusammengezogene Polizei Deutschlands ganz zu beseitigen und an ihre Stelle das System der einzeln wohnenden Revierbeamten zu setzen. Diese Art polizeilicher Organisation wäre möglich und ausreichend, wenn die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands ruhig genug wären, um nicht noch immer Aufstände von linksradikaler Seite befürchten zu lassen. Was soll insbesondere aus dem polizeilichen Schutz der Bevölkerung in den besetzten Gebieten und der an das besetzte Gebiet angrenzenden neutralen Zone von 50 Kilometern werden? Im besetzten Gebiet hat es die Besatzungsbehörde abgelehnt, der Bevölkerung irgendwelchen polizeilichen Schutz zu gewähren, und auch in der Fünfzigkilometerzone darf deutsches Militär nicht gehalten werden. Haben wir dort nicht wenigstens den Schutz polizeilicher Formationen, die zu gemeinsamem Auftreten zusammen gefaßt werden können, so ist die Bevölkerung in diesen Gebieten gänzlich schutzlos, wenn die Linksradikalen einen Aufstand hervorrufen. Daß die feindliche Besatzung in solchen Fällen nicht im entferntesten daran denkt, den Aufrührern in den Arm zu fallen, haben die Vorgänge in Speyer gezeigt, wo die französische Besatzung absichtlich am Tage des kommunistischen Aufstandes einen Übungsmarsch angetreten hatte. Besonders gefährlich aber liegen offenbar die Dinge in der neutralen Zone, in der sich in diesen Wochen wiederum die gleichen bedrohlichen Anzeichen bemerkbar machen, wie vor dem Ausbruch des kommunistischen Putsches im Jahre 1920, der mit dem fürchterlichsten Terror gegen die Bevölkerung und zerstörenden Gewaltmaßnahmen gegen die dortigen industriellen Anlagen und Bergwerke verbunden gewesen war. Ich habe daher in meiner Reichstagsrede zur Schutzpolizei im Auftrage der Deutschen Volkspartei das dringendste Ersuchen an die Reichs- und an die preußische Regierung gerichtet, diese Gefahr bei ihren jetzigen Maßnahmen zur Organisation der Polizei dauernd im Auge zu behalten und die weitestgehenden Vorbereitungen zum Schutz der Bevölkerung in den bedrohten Gebieten zu treffen.

Neben den schweren Beeinträchtigungen, die der polizeiliche Schutz in Deutschland durch die Eingriffe der Entente erfährt, liegen aber in der gegenwärtigen Organisation und Leitung der Schutzpolizei selbst große Gefahren. Gewisse, unter den Polizeibeamten entstandene Verbände, insbesondere der sogenannte Schrader-Verband, haben eine starke Erschütterung der Disziplin und der Autorität der Vorgesetzten herbeigeführt. Dienstliche Vorgesetzte, die auf straffe Mannszucht halten, werden in den Verbandsorganen und in den Versammlungen dieser Verbände auf das schärfste angegriffen, ohne daß die Angegriffenen ausreichenden Schutz oder Unterstützung bei der Ministerialinstanz fänden. Wie weit das Pflichtbewußtsein bei einzelnen Gruppen der Schutzpolizei gesunken ist, dafür liefert das Verhalten von Beamten, die dem Schrader-Verband angehörten, anläßlich des Eisenbahnerstreiks einen sehr deutlichen Beweis. In jener gefahrvollen Zeit, in der der Staat durch die Sperrung des Verkehrs und durch die Unterstützung, die der Streik bei den Arbeitern der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke fand, in seinem Bestande auf das schwerste bedroht war, hielten es Polizeibeamte für vereinbar mit ihren Pflichten, gegen den Staat gemeinsame Sache mit den Streikenden zu machen und sogar Geldsammlungen für diese zu veranstalten. Wenn Herr Minister Severing, als ich ihm im Reichstag diese Tatsache vorhielt, entgegnete, daß auch andere Beamtengruppen mit den Streikenden sympathisiert hätten, so ließ er das Verständnis dafür vermissen, daß es gerade Aufgabe der Beamten der Polizei ist, den Staat gegen Gewalttaten zu schützen, und daß deswegen in einem solchen Falle ein staatsfeindliches Verhalten der Polizeibeamten ungleich verhängnisvoller und verwerflicher ist, als das irgendeiner anderen Beamtengruppe.

Die leitenden Männer der Reichs- und Landesregierungen, die für die Aufrechterhaltung der Polizei verantwortlich sind, haben angesichts der besonderen Lage Deutschlands die

dringendste Veranlassung, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, die Polizei als ein zuverlässiges Werkzeug der Regierung zu erhalten. Unser Staatswesen steht noch immer auf sehr schwankendem Boden; schon ziehen die Gefahren neuer großer Streiks am politischen Horizont auf, und die wirtschaftliche Lage läßt in absehbarer Zeit Arbeitslosigkeit in großem Umfange befürchten. Aufwiegler werden die Not und Verzweiflung des Volkes mißbrauchen, um ihre politischen Ziele zu erreichen. Diese politischen Ziele aber sind der Umsturz der staatlichen Ordnung und die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats. Wer als Minister sich an einem solchen Staatsumsturz nicht mitschuldig machen will, hat die Pflicht, die Polizei in einer Verfassung zu erhalten, in der sie ein zuverlässiger und brauchbarer Schutz der Staatsordnung ist.

Der Protest der Saarländer.

Die vielgeplagten Saarländer haben einen glücklichen Gedanken gehabt und alsbald in die Tat umgesetzt. Sie haben eine Abordnung nach Genua entsandt, die zwar selbstverständlich keine Aussicht hat, zu den Verhandlungen zugelassen zu werden, die aber doch Gelegenheit haben wird, mit den maßgebenden Staatsmännern aller Völker zu sprechen. Natürlich treten in Genua Anwälte der verschiedensten privaten Interessen auf, die sich an die führenden Persönlichkeiten herandrängen. Mit diesen darf die Abordnung aus dem Saarland nicht verwechselt werden, denn bei dieser handelt es sich um Gegenwart und Zukunft, um Leben und Sterben eines deutschen Volksteils. Die Saarländer haben auf diesem Gebiet schon einige Übung und Erfahrung, wie die freilich mißglückte Entsendung einer Abordnung zur letzten Tagung des Völkerbundes in Genf beweist.

Man muß zugeben, daß die Bewohner des Saargebiets alle Veranlassung und Berechtigung haben, die Augen der ganzen zivilisierten Welt immer wieder auf die nichtswürdige Behandlung zu lenken, die ihnen aufgezwungen wird. Sie stehen bekanntlich für 15 Jahre unter der Regierung einer Interalliierten Kommission, die nach dem Wortlaut des Versailler Vertrages unparteiisch ihres Amtes walten und nur das Wohl des Saargebiets im Auge haben soll. Wie jedoch schon wiederholt dargelegt, steht diese Kommission so vollständig unter französischem Einfluß, daß wie in Oberschlesien so auch im Saargebiet eine dauernde Vergewaltigung dieses Kulturlandes stattfindet. Die Franzosen wollen mit aller Gewalt das Saarland zu französischem Gebiet pressen und infolgedessen werden alle Regungen der Selbständigkeit und der Selbstverwaltung unterdückt. Wirtschaftlich wird die Verbindung nach Osten so viel wie möglich unterbunden, die Markwährung wird durch die Frankenwährung ersetzt und zugleich wird dauernd der Versuch gemacht, die deutsche Kultur mit französischem Geist zu durchsetzen. Zum Lobe der wackeren und aufrechten Männer und Frauen des Saarlandes kann man sagen, daß alle Versuche der Franzosen, sie dem deutschen Vaterlande zu entfremden, nur den Erfolg gehabt haben, das deutsche Vaterlandsgefühl zu stärken und zu vertiefen. Die Rechtlosigkeit, unter der sie leiden, hat die Saarländer zusammengeschweißt zu einem echtdeutschen Volksteil, in einer Weise, die uns im unbesetzten Deutschland vorbildlich sein sollte. Soeben erst haben sich sämtliche Parteien mit Ausnahme der Kommunisten, alle Gewerkschaften und ähnliche Vereinigungen zu einer großen Protestkundgebung zusammengetan, in der sie sich dagegen verwahren, daß durch die von der Saarlandkommission verfügte Schaffung einer sogenannten Volksvertretung, die diesen Namen nicht verdient, die Entrechtung des Saargebiets verewigt wird. Mit einer Verwahrung beim Völkerbund haben die Saarländer kein Glück gehabt. Denn sie sind zwar höflich und aufmerksam angehört, dann aber kurzerhand abschlägig beschieden worden. Deshalb haben sie beschlossen, von dem gleichfalls unter französischer Völkerherrschaft stehenden, eng begrenzten Völkerbund an die Konferenz in Genua sich zu wenden, die auch für sie als eine Art von höherem wirklichem Völkerbund aufzufassen ist. Hoffentlich gelingt es ihnen, sich dort Gehör zu verschaffen und der ganzen Welt zu zeigen, wie es mit den französischen Redensarten von Zivilisation und Menschenwürde aussieht.

Lenins Rückzug.

Daß der russische Diktator Lenin kein gewöhnlicher Mann ist, hat er nicht nur durch seine ganze Laufbahn, sondern auch durch die Art und Weise bewiesen, wie er in richtiger Erkenntnis wirtschaftlicher Unmöglichkeiten das Steuer des russischen Kommunismus vollständig herumgeworfen hat. Auf dem 11. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands hat er eine große Rede gehalten, in der er sich mit weltwirtschaftlichen Fragen auseinandersetzte, und die Rote Fahne hat sich ausnahmsweise einmal ein Verdienst erworben, indem sie die Hauptteile dieser Rede in wörtlicher Übersetzung gebracht hat. Sie bedeutet in der Tat, wie der Vorwärts richtig hervorhebt, nicht nur eine völlige Umkehr und eine Rückkehr zur großkapitalistischen Privatwirtschaft, sondern auch **ein offenes Eingeständnis des völligen Bankerotts der bisher in Rußland befolgten Wirtschaftspolitik.** Etwas spaßhaft mutet es dabei an, wenn Lenin, was der Vorwärts schamvoll verschweigt, alle Menschewiki, Sozialisten, die Anhänger von Kautsky und Otto Bauer, die Leute von der 2. und 2½. Internationale kurzerhand mit Erschießen bedroht, falls sie sich etwa bewogen fühlen sollten, daran zu erinnern, daß sie stets für diesen Rückzug eingetreten seien. Die Leute in der Redaktion des Vorwärts schmunzeln natürlich vergnügt: Lenin erschießt keinen, er hätte ihn denn. Es ist aber kein Zweifel, daß Lenin seine Drohung ernst meint und daß er mit Menschewiki, die so ketzerische Ansichten aussprechen sollten, kurzen Prozeß machen würde.

Ebenso wie diese Drohung seinen Anhängern Mut zum Rückzug machen soll, ist die weitere Ankündigung, daß der Rückzug nur bis zu einem gewissen Punkt gehen solle, weil der Angriff auf die Herrschaft des Großkapitals in der Welt im ersten ungestümen Ansturm über das gesteckte Ziel hinausgetragen worden sei, dazu bestimmt, den Eindruck des tatsächlichen Rückzugs abzuschwächen. Aber das alles ändert nichts daran, daß Lenin eingesteht, es sei dem städtischen Arbeiterproletariat Rußlands nicht gelungen, mit der ländlichen Bevölkerung den engen Zusammenhang zu gewinnen, der erforderlich sei, um dem von ihm aufgestellten neuen Begriff des Staatskapitalismus eine gesunde breite Grundlage zu verleihen. Er versteht unter Staatskapitalismus im Gegensatz zur Verstaatlichung bestimmter Betriebe innerhalb der großkapitalistischen Wirtschaft die Ausführung des kommunistischen Gedankens vom gemeinsamen Besitz aller Betriebe, Geschäfte usw. durch das gesamte Proletariat. Dieser Staatskapitalismus oder richtiger Staatskommunismus ist undurchführbar und unmöglich, wie Lenin selbst zugibt. Deshalb versucht er, um sein eigenes Wortspiel zu gebrauchen, aus dem Kommunisten einen Kompromiß zu machen. Die Kommunisten müssen seiner Auffassung nach selbst kapitalistische Wirtschaftsformen einführen, und um das durchzusetzen, müssen sie erst bei der kapitalistischen Wirtschaft selbst in die Schule gehen. Sie müssen lernen, kapitalistische Methoden anzuwenden, und deshalb müssen sie zunächst dem Kapitalismus wieder Rußlands Tore weit öffnen. Es ist ein müßiges Spiel um Worte, wenn der Vorwärts meint und daraus selbst Privatkapital zu schlagen sucht, Lenins Ausführungen bedeuteten den Sieg des sozialistischen Gedankens. Schließlich ist dieser doch nur eine sehr verwässerte und abgeschwächte Form des Kommunismus und daher im Fall eines Versuchs der praktischen Durchführung ebenso zum Scheitern verurteilt wie der Kommunismus. Der einzige Unterschied ist nur der, **daß der Kommunismus schneller, rücksichtsloser und grausamer arbeitet als der Sozialismus und daher schneller und gründlicher als Irrwahn erkannt wird.**

Die Generation unserer Väter.

Von Otmar Best.

In Nr. 4 der „Grenzboten" ist eine sehr temperamentvolle Auslassung eines Jüngeren enthalten, die der älteren Generation manches zu denken gibt; einiges davon muß man auch der Jugend des Verfassers zugute halten. Im nachstehenden sei der kurze Aufsatz wiedergegeben:

Der deutsche wie der europäische Zusammenbruch ist zugleich der Bankrott einer Generation. ‚Schuld ist dies ganze Geschlecht." Es ist die Generation, die um 1890 in Deutschland allzu rasch zur Macht gelangte, nachdem die Generation des Kaisers Friedrich fast ausgefallen war, und die heute noch die obersten Führer stellt.

(Zugleich die Generation, die um 1890 auf den Unglücksgedanken kam, uns in die Welt zu setzen. Wahrhaftig, ein gesegnetes Geburtsjahr: 1914 just das gesetzliche Alter, um die ganze Schwere des Krieges vier Jahre lang zu tragen, dann das Chaos und darauf die 40 Jahre Schuldknechtschaft. Es ist nicht zu sagen, wie wir uns auf das Jahr 1957 freuen, in welchem uns nach dem Reparationsplan endlich ein schuldenfreier Lebensabend winkt — im Alter von 70 Jahren!)

Die Generation unserer Väter übernahm 1890 ein herrlich blühendes Reich, dessen Adler seine Schwingen zur Weltmacht breitete. Dieses Erbe von 1890 haben die Herren in wenigen Jahrzehnten verwirtschaftet. Was sie uns hinterlassen, ist — Konkurs. Schicksal? Nein, auch Schuld. Wessen Schuld? Schuld der Sozialdemokratie? Hat sie nicht, in pazifistisch-internationalem Denken befangen, die ständige außenpolitische Bedrohung der Nation unterschätzt? Oder hat sie vielleicht umgekehrt die soziale Frage zu wenig energisch verfochten, so daß diese im unglücklichsten Moment, im Kriege, den nationalen Behauptungswillen zersplitterte? Schuld der Demokratie? Hat sie über innenpolitischen Wünschen die Außenpolitik übersehen, oder hat sie dem Gottesgnadentum zu wenig Widerstand entgegngesetzt? Schuld der Rechten? Hat sie vielleicht die Monarchie zu lange vor den Gefahren des allgemeinen Wahlrechts geschützt, bis die Kaiserkrone gewaltsam zerbrach, oder hat sie durch nationale Überspannung der Einkreisung Vorschub geleistet? Schuld des Militarismus oder des Pazifismus? Schuld kaiserlicher Selbstherrlichkeit oder Schuld der Landesfürsten, die von ihren verfassungsmäßigen Einspruchsrechten zu wenig Gebrauch machten? Schuld der Diplomatie oder des „Zentralrindviehs" (Eckardstein)? Schuld des Volkes, dem der Kaiser sagen konnte: „Was wollen Sie denn — es jubelt uns ja alles zu?" Oder Schuld derer, die es im Untertanenverstand erhielten?

Über all diese Fragen kann die Geschichte heute noch nicht endgültig urteilen. Zweierlei aber ergibt sich aus Briefen und Erinnerungen: erstens: von jedem Standpunkt aus wurden die Fehler gesehen; zweitens: aber alle ließen den Karren laufen, wie er lief, bis in den Abgrund. Sagt man zuviel, wenn man behauptet: Der grundlegende Charakterzug der abtretenden Generation war die — Charakterlosigkeit? Diese Erscheinung hatte einen Weltanschauungsgrund. Die Generation der materialistischen Weltauffassung verzweifelte von vornherein daran, Welt und Leben in Mannestat zu bändigen. Sie stand im Banne der Milieutheorie des Naturalismus, die ebenfalls um 1890 zur Herrschaft gelangte. Der Mensch war Objekt des Geschehens, nicht Subjekt der Weltgestaltung. Die Dichtung der Generation unserer Väter predigte das, die Philosophie schwieg seit Nietzsches Umnachtung, die Religion stand im Schatten. Wie hätte eine solche Zeit einen großen Führer zeugen können?

Wie in Deutschland, so in Europa: Die abtretende Generation übernahm die unbedingte Herrschaft Europas über die Welt und hat sie in wenigen Jahrzehnten verwirtschaftet. Der Kontinent ist wirtschaftlich abhängig von Amerika, über das Saargebiet entscheiden Chinesen, über Ostpreußen Japaner, am Rhein stehen Senegalneger. Wenn vollends der asiatische Bolschewismus Deutschland doch noch überfluten würde, so wäre der Rhein demnach — die Grenze zwischen Asien und Afrika. Die Gründe sind die gleichen: Kurzsichtiger Egoismus, materialistisches Denken, Passivität. „Schuld ist dies ganze Geschlecht." Lloyd George, der es wissen muß, hat geäußert, daß die Staatsmänner 1914 „in den Krieg hineingeschlittert" sind. Das bedarf der Ergänzung: die Staatsmänner der Entente sind 1919 ebenso in den Frieden hineingeschlittert, der kein Friede ist. Jetzt müht sich Europa allmählich, aus dem „Delirium von 1919" — ein englischer Ausdruck — herauszukommen. Das wird aber schwer halten, solange in Frankreich ein Poincaré, diese karikaturistische Personifikation einer — pardon — bankrotten Generation — den Staat leitet.

Gewiß, Verallgemeinerungen sind gefährlich, und die Spannung zwischen den Generationen ist in jedem Zeitalter groß. Es scheint aber doch, daß sie selten so unüberbrückbar war, wie zwischen der Generation der Kriegsschuldigen und der der Kriegsteilnehmer.

Die Völker aber rufen nach Führerjugend.

Bismarck über die Frauen.

„Was ich bin, das bin ich durch meine Frau geworden. Ich achte jede Frau, die uns Männer hoch emporzieht, die uns Religion und Sitte lehrt, uns die Ideale erhält und himmlische Rosen ins irdische Leben flicht. Was ich Ihnen sage, werden Sie nicht ganz verstehen, Sie sind noch zu jung; aber erinnern Sie sich meiner Worte, wenn ich nicht mehr bin: Ich wollte die gebildeten Frauen zur Politik heranziehen! Aber wir sind nicht reif genug dazu, wir sind noch in den Kinderschuhen.

Unsere Königin Luise trieb auch Politik, aber eine Politik mit reinem Herzen: Ihr Vaterland wollte sie groß, reich und mächtig machen. Kein irdisches Wesen habe ich höher geachtet. In ihrem Salon vereinigten sich die klugen und edlen Geister aller Nationen. Wenn doch unsere vornehmen und gebildeten Damen solche Politik wieder treiben wollten! Sie sollen dem Manne nicht ins Handwerk pfuschen, aber sie sollen ihn beeinflussen, besänftigen und zum Guten führen. Früher wurde in den Salons der Damen ja häufig Politik gemacht; aber es waren vielfach Frauen, die nicht gut und rein waren, die auch selbstsüchtige Zwecke im Auge hatten. Solche Frauen will ich nicht, sondern nur solche mit reinem Herzen.

Es wird aber ein Tag kommen, wo die Frauen zur Mitarbeit aufgerufen werden! Wir Männer sind alle täppisch; besonders wir Deutsche sind immer wie plumpe Bären, auch unsere Diplomaten. Außerdem käme viel weniger in die Öffentlichkeit, denn ein kluger Frauenmund kann schweigen. Er zieht aber auch dem Gegner im Plaudertone manches Geheimnis heraus, das der uns Männern nicht preisgibt. So anmutig plaudert ein Frauenmund über die schwierigsten Sachen, daß man alter Esel gar nicht merkt, man hat mehr gesagt, als man wollte. Denn alles Weibliche ist uns über an Schläue. Die Frau umschifft gewandt jede Klippe und einigt zwei Parteien ohne Austausch von Noten, die gefälscht sein können. Sie erzieht uns zu Männern und, wenn sie's recht versteht, zu deutschem Geist, zum Geiste der Wahrheit. Die Falschheit habe ich in der Politik nie geachtet. Vor allem aber müssen wir Deutsche stolzer werden, wir müssen hineinwachsen in unsere Großmachtstellung. Ein Kind findet sich auch nicht gleich in einem Schlosse zurecht."

Hiob 6, 13.

In Nr. 8 der Mitteilungen aus der Deutschen Demokratischen Partei vom 23. Februar 1922 segelte ein Jüngling mit tausend Masten hinaus in den Ozean. Nach sechs Wochen kehrte in Nr. 14 der Mitteilungen auf gerettetem Kahn still in den Hafen zurück ein Greis. Der Jüngling hatte an einen neuen demokratischen Frühlingssturm für Deutschland geglaubt. Er sah die Oppositionsparteien auf der rechten Seite zusammenbrechen und sah die Volksmassen der Demokratischen Partei zuellen.

„Das deutsche Volk, besonders der deutsche Bürger, beginnen sich politisch zu besinnen", so schrieb er. „Nun muß diese keimende Gesinnung und Erkenntnis durch uns selbst (die Demokratische Partei) **zum lodernden Feuer angefacht werden.** Nun heraus aus der Verteidigungsstellung, nun herein in den **frisch-fröhlichen Angriff** ... Hunderttausende, Millionen Wähler, Männer und Frauen, sollen in diesen Tagen von unserm Glauben an die Demokratie, von unserer Hoffnung auf die Zukunft Deutschlands hören. Jeder springe auf die Schanzen! Jeder helfe! **Der Frühlingsmonat muß einen neuen demokratischen Frühling bringen.**"

Der Mut und die Hoffnungen des Herrn Erkelenz, der diesen Aufruf als Vorsitzender des demokratischen Parteivorstandes schrieb, war so riesengroß, daß er für die Zeit vom 26. März bis zum 2. April eine demokratische Werbewoche in ganz Deutschland ansetzte.

Die Werbewoche ist vorüber. Die Krieger sind von dem frisch-fröhlichen Vorstoß gegen die Deutsche Volkspartei zurückgekehrt und Herr Erkelenz ergreift in den Mitteilungen der Demokratischen Partei wieder das Wort. Es ist jetzt nicht Sturm und Drang, was in seinen Worten zum Ausdruck kommt, sondern es ist die geläuterte Weisheit der Erfahrung und des ruhig gewordenen Alters. Herr Erkelenz schreibt an einen Parteifreund, der sich unter dem erhofften „Erfolg" die Gewinnung von mindestens 200 000 neuen Mitgliedern für die Demokratische Partei vorgestellt hat:

„Man hat mir in meinem Leben oft vorgeworfen, daß ich ein Idealist und ein Optimist sei. Aber nie in meinem Leben hat sich mein Optimismus soweit verstiegen, anzunehmen, daß durch eine Werbewoche eine Steigerung der Mitgliederzahl um eine solche Ziffer eintreten würde. Ich bin wesentlich bescheidener. Ich würde es als einen großen Erfolg betrachten, wenn wir 30—40 000 neue Mitglieder gewännen. Ja, ich würde es noch als einen Erfolg ansehen, wenn die Werbewoche uns **nichts weiter** brächte, als ein zielbewußtes Arbeiten und als eine zielbewußte Erziehung an unseren eigenen Mitgliedern. Das würde mir selbst dann als ein Erfolg erscheinen, wenn bei dieser Arbeit kein einziges neues Mitglied gewonnen würde. Ich bin sogar so bescheiden, zu glauben, daß es gar nicht übel wäre, **wenn wir auf jeden neuen Zuwachs im Augenblick verzichteten und nur erreichten, daß die vorhandene Mitgliedschaft in engere Wechselwirkung untereinander und zur Außenwelt tritt.** Sie sehen, an Ihren Erwartungen gemessen bin ich **äußerst bescheiden und pessimistisch.** Nämlich deshalb, weil ich weiß, **daß eine so große Konjunkturwelle, wie sie von Ihnen vorausgesetzt wird, keiner von uns beiden jemals erleben wird.**"

Wie heißt es doch bei Hiob? „O weh, hab ich doch nirgends keine Hilfe und all mein Vermögen ist dahin." G. H. K.

„Den Finger drauf."

Die Bedeutung der uns zugemuteten Reparationslast

Der Sozialist August Winnig stellt in Nr. 146 der „Deutschen Allgem. Ztg." vom 27. 3. 22 einige interessante Berechnungen über die Bedeutung der für das Jahr 1922 vorläufig auferlegten Kontributionslasten an. Er berechnet, daß die Kontributionslast pro 1922

1. genügen würde, um die 1½ Millionen fehlenden Wohnungen zu bauen und somit die gesamte Wohnungsnot mit einem Schlage zu beseitigen;
2. den Wert von 7740 Millionen Arbeitsstunden darstellt, so daß jeder der 20 Millionen Erwerbstätigen 387 Stunden im Jahre oder 8 Wochen von je 48 Arbeitsstunden nur für die Siegerstaaten arbeiten muß.

Die Zahlen werden genügen, um denen, die es immer noch nicht glauben, klarzumachen, daß das deutsche Volk durch den Versailler Schandvertrag der Sklave der sogenannten „Siegerstaaten" geworden ist und daß mit der Fortsetzung der Erfüllungspolitik die Ketten von Tag zu Tag stärker um unser gequältes Volk gelegt werden würden.

Aus der Partei.

Unsere weiblichen Abgeordneten in den Parlamentsausschüssen.

Reichstag: Frau Mende: 1) 6. Ausschuß (soziale Angelegenheiten), 2) 14. Ausschuß (Bevölkerungspolitik), 3) 19. Ausschuß (Kriegsbeschädigtenfrage), 4) 29. Ausschuß (Reichsjugendwohlfahrtsgesetz); Frau Dr. Matz: 1) 13. Ausschuß (Wohnungswesen), 2) 23. Ausschuß (Beamtenfrage), als Stellvertreterin, 3) 30. Ausschuß (Bildungswesen); Frau von Oheimb: 1) 6. Ausschuß (soziale Angelegenheiten), 2) 14. Ausschuß (Bevölkerungspolitik).

Preußischer Landtag: A. Hauptausschuß (Ministerium für Wissenschaft usw.): Frau von Kulesza: 1) Ministerium und allgemeine Verwaltung, 2) Volksschulwesen, Lehrerbildung und Schulaufsicht; Frau Garnich: 1) Wissenschaft, i. V., 2) Kunst; Froehlich: 1) Provinzialschulkollegium und Prüfungsämter, 2) Höhere Lehranstalten; Frau Dr. Kemper: Höhere Lehranstalten; Frau Poehlmann: 1) Privatschulen, 2) geistliche Verwaltung, i. V. — B. Hauptausschuß (Etat 1922): Frau Poehlmann: 1) Ministerium für Volkswohlfahrt, 2) Preußische Zentralgenossenschaftskasse, i. V.; Frau Voigt: Ministerium für Volkswohlfahrt; Frau von Kulesza: Ministerium für Volkswohlfahrt, i. V. — C. Ausschüsse des Hauses: Frau Dr. Kemper: Bevölkerungspolitik; Frau Poehlmann: Bevölkerungspolitik; Frau von Kulesza: Unterrichtswesen; Frau Froehlich: Eingaben; Frau Garnich: Verfassung.

Mecklenburger Landtag: Frau Detmering: Eingaben-Ausschuß.

*

Beamtenbesoldung und Lohntarif.

Am Donnerstag, dem 6. April, behandelte der 23. Ausschuß des Reichstags erneut die Frage der gleitenden Gehaltsskala. Die Deutsche Volkspartei drängte auch diesmal zu baldiger Entscheidung. Ein Antrag Beuermann, der unverzüglich Wiederaufnahme der Behandlung dieser brennenden Frage nach der Ferienpause des Reichstags forderte, wurde leider abgelehnt, zugunsten einer Entschließung, in der eine Denkschrift der Regierung gefordert wird. Es zeigte sich dabei wieder, daß die Hemmungen auch hier besonders in der unglücklichen Verquickung der Beamtenbesoldung mit den Lohntariffragen der Arbeiterschaft stecken.

Schon in der Abendsitzung am 30. März, in der die neue Besoldungsänderung beschlossen wurde, hatte der Sprecher der Deutschen Volkspartei, Herr Abgeordneter Beuermann, grundlegend gegen diesen Druck der Arbeitergewerkschaften in den Beamtenfragen Stellung genommen, auch für andere Unzuträglichkeiten des jetzigen Besoldungssystems dringend Abhilfe gefordert. Insbesondere wurde die Ausgestaltung und spätere Beseitigung der sogenannten Ausgleichszulage (Ueberteuerungszuschüsse) gefordert und die Danaidenarbeit in dem Härteausgleich der Ortsklassen geschildert. In einer scharfen Zurückweisung der von dem deutschnationalen Redner wieder erwähnten Agitationslegende, durch welche die Deutsche Volkspartei fünf Ortsklassen statt drei Ortsklassen habe behalten wollen, wies Herr Beuermann darauf hin, daß er den ersten Antrag auf Herabsetzung der fünf Ortsklassen auf drei gestellt habe. Er stellte auch fest, daß er zuerst

schon vor 1½ Jahren auf die Unhaltbarkeit des ganzen Ortsklassenaufbaues aufmerksam gemacht habe und jetzt die restlose Beseitigung aller Ortsklassen und ihre Ersetzung durch Wohnungsgeld im Interesse der Kleinstadt- und Landbeamten forderte. An der Hand einer von Beuermann beantragten und von allen Parteien unterstützten Entschließung, in der von der Regierung sofortige Vorbereitungen für eine baldige „umfassende und grundlegende Umgestaltung der Besoldungsordnung" gefordert wird, stellte der Redner folgende Grundsätze für die zukünftigen Gehälter auf: 1. Rückkehr zum einfachen Grundgehalt, wie die Beamten es vor dem Kriege hatten; 2. Anpassung des Gehaltes an die Teuerungsverhältnisse durch eine gleitende Gehaltsskala; Bemessung der Beamtengehälter nach dem Grundsatz, daß jeder in das Beamtentum eintretende Arbeiter auch in gehaltlicher Beziehung durch seinen Uebertritt einen Aufstieg erfährt.

Siegen.

Der Bezirk Siegen-Süd lädt die Mitglieder der Deutschen Volkspartei für Donnerstag, den 4. Mai, abends 8¼ Uhr, in den Langenbachschen Saal zu einer Mitgliederversammlung ein, in der Herr Klingspor über „Genua und die Kriegsschuldfrage" sprechen und Herr Geschäftsführer Nitschke einen Lichtbildervortrag über das Thema „Was wir verloren haben" halten wird. Die DVP.-Mitglieder der ganzen Stadt werden dazu herzlichst eingeladen. Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 2 ℳ erhoben.

Weidenau.

...ge politische Abend war verhältnis... gut besucht und hat zu einer regen Aussprache über „Das Programm der Mehrheitssozialdemokratie" und über die „Präsidenten-Wahl" geführt. Im Anschluß daran wurde die Konferenz von Genua, ihr bisheriger Verlauf, der deutsch-russische Wirtschaftsvertrag, und ihre weiteren Aussichten behandelt. Die nächste Sitzung findet Donnerstag, den 11. Mai abends 8¼ Uhr, statt und wird die Aussprache über das begonnene Thema fortsetzen. Wir bitten um zahlreichen Besuch.

Die sozialdemokratische Rheinische Zeitung schreibt:

Sichert die Zukunft der Partei!

Der Parteibeitrag — ein Gradmesser politischer Erkenntnis!

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist, wie in den meisten Kulturstaaten, schlecht. Die politische Lage ist in der ganzen Welt unsicher. Aus dem Zusammentreffen dieser beiden Erscheinungen erklärt sich die andauernde Spannung, in der sich die Völker befinden. Diese Tatsache zwingt die Sozialdemokratische Partei, fortwährend auf dem Posten zu sein, da jederzeit mit harten wirtschaftlichen und politischen Kämpfen gerechnet werden muß. Sie darf keine Gelegenheit vorüber gehen lassen, um die Vorbereitungen für solche Kämpfe zu treffen. Unermüdlich muß für die Aufklärung des Volkes durch Versammlungen und durch die Presse gesorgt werden. Die mündliche und schriftliche Agitation erfordert heute bei der ungeheuerlichen Teuerung des Papiers und aller sonstigen Schreibmaterialien, bei den so gewaltig gestiegenen Eisenbahnfahrpreisen und Posttarifen ganz gewaltige Summen. Außerdem ist die Partei aber auch verpflichtet,

für bevorstehende Wahlkämpfe,

die sehr plötzlich eintreten können, die notwendigen Geldmittel anzusammeln. Mit Hunderttausenden oder wenigen Millionen ist es bei den nächsten Wahlkämpfen nicht getan. Hunderte von Millionen werden zur Bestreitung der Wahlkosten aufgewendet werden müssen. Da heißt es, rechtzeitig vorzubauen.

Schon vor einiger Zeit hat das Zentralkomitee der USP. einen Aufruf an die Parteimitglieder veröffentlicht, in der den Ortsgruppen der Vorschlag zur Beschlußfassung unterbreitet wurde, einen Stundenlohn pro Monat als Parteibeitrag einzuführen. Manchen Parteigenossen mag dieser Parteibeitrag zu hoch erscheinen, und doch werden mit der Einführung

eines Stundenlohnes als Parteibeitrag

ungefähr erst die Verhältnisse erreicht, die vor dem Kriege bestanden haben. Vor dem Kriege sind in Deutschland etwa 40 bis 50 Pfennig Monatsbeitrag für die politischen Parteien erhoben worden. Dieser Betrag entsprach etwa einem Durchschnittsstundenlohn in allen Teilen Deutschlands. Es ist also gar nichts so Außergewöhnliches, wenn für die politische Partei auch heute ein Stundenlohn als Monatsbeitrag gefordert wird. Auch die Kommunisten erhöhen ihre Parteibeiträge. Eine Funktionärsitzung der KPD. in Düsseldorf billigte einstimmig den Beschluß der Bezirksleitung Rheinland-Westfalen, ab 1. Mai die Parteibeiträge für männliche Mitglieder auf 4 ℳ und für weibliche Mitglieder auf 2 ℳ pro Woche zu erhöhen. Allgemein wurde gewünscht, daß in kürzester Zeit ein Beschluß gefaßt würde, wonach jedes Mitglied einen Stundenlohn als Beitragsleistung für die Partei zu zahlen habe.

Auch in unserer Partei wird bei der fortschreitenden Teuerung in kurzer Zeit wieder die Notwendigkeit an die Mitglieder herantreten, einen höheren Parteibeitrag zu leisten. Soll die Partei allen Kämpfen gewachsen sein und schlagfertig dastehen, dann müssen ihr die nötigen Mittel zugeführt werden. Zum Kriegführen gehört Geld, Geld und nochmals Geld. Aber auch für die politischen Kämpfe gilt diese alte Wahrheit. Die Parteigenossen und Genossinnen werden der Parteiorganisation geben müssen, was notwendig ist, um sie in den Sand zu setzen, die kommenden Kämpfe erfolgreich führen zu können.

Und wir, die Deutsche Volkspartei?

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1. (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich P. Nitschke. (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.

Die Anzeigen im Beobachter finden die weiteste und wirksamste Verbreitung.

BURBACHBETON
Baugesellschaft mit beschränkter Haftung
KROMBACH, KREIS SIEGEN.

Eisen- u. Metallwerke
G. m. b. H.
Ferndorf (Kr. Siegen)
Uebernahme von Dreharbeiten
wie Walzenschrauben, Muttern und sonstigen Werkstücken, auch im Lohn.
Anfertigung u. Bearbeitung von Maschinenteilen jeglicher Art.
Billigste Berechnung. — Anfragen erbeten.

Jacob Sarx Inh.: Karl Sarx
Fernruf 561. Siegen :: Löhrtor ::
Chemische Reinigungsanstalt und Färberei.
Wäscherei „auf Neu"
für Gardinen, Waschkleider und Waschblusen

Aug. Marx,
Wurst- und Fleischwarenfabrik,
Ernsdorf-Kreuztal. Fernspr. Nr. 18.
Maschinelle Kühlanlage im Hause.

Ludwig Pfaff
Herren-Maßgeschäft,
Kreuztal,
Kreis Siegen,
Bismarckstraße 42.

Frau Hermann Siebertz
Ernsdorf - Kreuztal
Bismarckstraße 44.
Zigarren,
Zigaretten, Tabak,
» » Pfeifen. « «

K. August Falkenhahn, Kreuztal (Kreis Siegen)

Tel. Amt Kreuztal 59 **Eisenbahn-Baugeschäft** Tel. Amt Siegen 1235

Ausarbeitung von Entwürfen und Herstellung von Eisenbahn-Anschlüssen.
Übernahme sämtl. Hoch- und Tiefbauten, sowie Erd-, Maurer-, Beton- und Wasserarbeiten.

Fabrikation von Ambossen und Sperrhörnern

Reparaturen alter Ambosse.



Matrizenstahl.



Geschmiedetes Ia. Siemens-Martin-Eisen für Maschinenteile.
Schmiedestücke.

Justus Stahlschmidtsche Werke
G. m. b. H.
Kreuztal, Krs. Siegen.
Lochanstalt,
Kesselschmiede, Apparatebau.
Blechschweisserei.

Krombacher



Pilsener, hell und dunkel

Hergestellt aus nur Malz u. Hopfen in Friedensstärke.

Frühstücks-Services

Reichste Auswahl für den herrschaftlichen u. bürgerlichen Tisch

J. WELTER
Kornmarkt 12–16.

Theob. Pfeiffer Nachf.
Siegen — Kölner Straße
unterhalten das größte Lager in
Herren- u. Knabenbekleidung
Lieferant feiner Maßbekleidung.

Feldmann & Münker
G. m. b. H.
Eisengroßhandlung, Krombach, Kr. Siegen
Fernruf Amt Kreuztal Nr. 85 u. 115.
Telegramm-Adr.: Feldmann Kreuztal.

Neueisen Alteisen Metalle.

Besonderheit: alle Sorten Bleche.

Gebr. Wolf, Siegen
Sondergeschäft für Bürobedarf.

Schreibmaschinen
Rechenmaschinen
Vervielfältiger
und deren Zubehör.

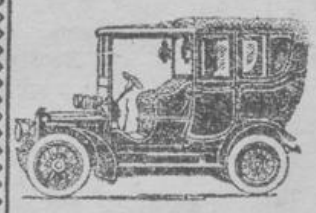
Kartothek-Karten
fertigt nach Vorlage
W. Wieckel, Papiere-Fabr., Bedburg i. W.

Parteibüro der D. V. P.
Brüderweg 1.

Erstklassige Wagen. Bestgeschulte Packer.
Ia Referenzen.



Vertreterbesuch
und feste Transportkosten-Berechnung auf Wunsch.



Automobile.
Karl Sohler, Kreuztal, Kreis Siegen
Fernruf 126
Neuzeitlich eingerichtete Instandsetzungswerkstätte.
Alleinvertreter für die hiesigen Bezirke der Gemeinschaft Deutscher Automobilfabriken G. m. b. H., Berlin.
(N. A. G., Hansa-Lloyd, Brennabor und Hansa.)

Arnold Schreiber, Ferndorf, Kreis Siegen.
Generalvertretung
der Firma **Otto E. Meise, Hamburg,** Oele, Fette, Putzwolle
und der Firma **J. J. Glorius, Magdeburg,** Farben und Lacke

Deutsche Volkspartei, Siegen-Süd.

Donnerstag, den 4. Mai, abends 8¼ Uhr
findet im **Langenbach'schen Saale, Wilhelmstraße,**
eine

Mitgliederversammlung

statt.

Vortrag: „Genua und die Kriegsschuldfrage"
Redner: Kreisvorsitzender Hermann Klingspor.
Lichtbildervortrag: „Was wir verloren haben"
Redner: Geschäftsführer Nitschke.

Wir bitten unsere Mitglieder, wie auch die Mitglieder der anderen Bezirks-Vereine der Stadt und Freunde unserer Sache, mit ihren Angehörigen recht zahlreich zu erscheinen.

Zur Deckung der Unkosten wird ein **Eintrittsgeld von 2 M. erhoben.**

Wäschehaus Franz Schartiger
Siegen
bietet an:
Oberhemden, Herren-Unterzeuge,
Kragen, Krawatten.
Eigene Maßabteilung für jede Art Wäsche.

Sämtl. Pelzwaren eigener Fabrikation
Hüte, Mützen, Schirme.
Ankauf aller Pelzfelle.

Pelzhaus Becker
Siegen
Fernruf 999. — Marburger Str. 10/12.

F. H. Kurth,
Kreuztal, Kreis Siegen.
Fernsprecher Nr. 21.
Baumaterialien u. la Karbid
in allen Körnungen.

Ernst Giesler & Co. G.m.b.H.
Kreuztal, Kr. Siegen.
Fernspr. 108. Telegramme: Metallgiesler.

WEIDENAU.

Heinrich Braas
Bautechnisches Büro
Sandstraße 1 :-: Ruf 804.

Paul Hruby
Spezialhaus für feinen Damenputz
Wilhelmstraße.

Johann Reinhard
Manufaktur- u. Modewaren
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
Damen-, Herren- u. Kinderkonfektion
Spezialität: Herrenartikel
Wilhelmstr. :-: Ruf 387

Karl Busch
Buchhandlung u. Buchbinderei
— — gegr. 1897 — —
Siegstr. 25 :-: Ruf 2022.

Otto Moritz
Uhren, Gold- und Silberwaren.
Bestecke in Massivsilber und versilbert.
Musikwerke und Pianos.
Weidenau, Wilhelmstraße. — Ruf 956.
Siegen, Kölner Straße. — Ruf 531.

Schuhhaus
Paul Saßmannshausen
empfiehlt sich beim Einkauf
erstklassiger Schuhwaren
Wilhelmstr. (Haltest. Hotel Patt) Ruf 836.

August Braun
Büromöbelfabrik
Untere Friedrichstraße. – Fernruf 638.

Löwen-Drogerie
Fritz Müller
Drogen, Chemikalien, Parfümerien, Verbandstoffe.
Weine, Liköre, Spirituosen.
Photo-Artikel. — Oeffentliche Dunkelkammer.
Untere Friedrichstrasse. :-: Ruf 891

Zigarren-Spezialgeschäft
Heinrich Sänger
Allervorteilhafteste Bezugsquelle in **sämtlichen Tabakfabrikaten**
für Wiederverkäufer zu Originalpreisen
Untere Friedrichstr. Ruf 1259.

Karl Burgmann
: Schuhwaren und Maßarbeit :
Siegstraße 7.

NÖH & BUCH
NIETEN-FABRIK
WEIDENAU/SIEG
KESSEL-, BRÜCKEN-, SCHIFF-, VERSENK- **NIETEN** GITTER-, BLECH- U. FASS-NIETEN
IN ALLEN METALLEN

Schleifenbaum & Steinmetz
Maschinenfabrik.
Spezialität:
Scheren, Pressen, Dampfhämmer
Austraße, Ruf 1479.

Albert Grimm
Uhren u. Goldwaren, Optik.
Eigene Reparaturwerkstätte
Wilhelmstraße.

Nordstern-
Versicherungs- und Aktiengesellschaften
Berlin-Schöneberg
empfehlen sich für
Lebens-, Feuer-,
Unfall-, Einbruch-Diebstahl-,
Haftpflicht-, Aufruhr-,
Transport- und Reisegepäck-
Versicherungen.
Generalvertreter
Heinrich Autschbach
Untere Friedrichstr. 31.
— Ruf 518. —

Wilhelm Schweisfurth
Hüte, Mützen, Regenschirme, Herrenwäsche, Schlipse, Hosenträger.
Wilhelmstraße, Ruf 778
(Haltestelle Hotel Patt.)

Paul Haubrich
Inhaber der Niederlassung von Tengelmanns Kaffeegeschäft
Wilhelmstraße. — Ruf 406.

Josef Thelen
Spezialhaus für Innendekoration, Lederwaren und Reiseartikel
Wilhelmstraße (Haltestelle Post),
Ruf 1180.

Karl Helmes
Kaffee-Spezialgeschäft
Konfitüren, Schokoladen, Tee, Kakao, Keks.
Große Auswahl in Bonbons, Desserts und Marzipan.
Weine, Spirituosen und Liköre.
Wilhelmstraße :: Ruf 1279.

HOTEL PATT
(Haltestelle der Strassenbahn)
Erstes u. ältestes Haus am Platze
Gute und billige Verpflegung.

Hermann Treude
Getreide-, Mehl- u. Futtermittel-Großhandlung
Geisweid i. W.
Büro u. Lager **Weidenau,** Untere Friedrichstr. 64
Ruf 1407.